

Als das Volk neben den Fürsten trat

Der Weg zur 1921er-Verfassung war geprägt von heftigen Konflikten. Die Verfassung selbst war aber ein Kompromiss.

Elias Quaderer

Vor 100 Jahren trat in Liechtenstein die neue, demokratischere Verfassung in Kraft. Die Staatsgewalt war fortan nicht mehr nur im Fürsten, sondern im Fürsten und im Volk verankert. Am Mittwoch referierte der Historiker Rupert Quaderer über die einzelnen Schritte bis zur Verfassungsrevision von 1921. Er zeigte auf, wie erbittert die Kräfte der Veränderung und des Verharrens um den Verfassungsinhalt rangen – und sich doch letztlich beide Seiten mit der neuen Verfassung arrangieren konnten. Der Vortrag war der zweite Teil in der Veranstaltungsreihe des Liechtenstein-Instituts und des Historischen Vereins zum Verfassungsjubiläum.

«Männer der Tat, nicht der leeren Worte»

Der Historiker führte aus, wie sich bereits vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs um den Triesenberger Anwalt Wilhelm Beck eine Gruppe scharte, die auf Veränderungen drängte. Im Landtag und in ihrer eigenen Zeitung, den «Oberrheinischen Nachrichten», machte die Gruppe durch ihr oppositionelles Auftreten und ihr Verlangen nach politischen und sozialen Reformen auf sich aufmerksam. In einem Brief hielt Wilhelm Beck fest: «Es ist die Redseligkeit ohne Tat ein Grundübel des liechtensteinischen Volkes – und wir wollen nun den Stil umkehren als Männer der Tat und nicht der leeren Worte.» Der Erste Weltkrieg und die damit einhergehenden Nöte verstärkten den Ruf nach Veränderung. Die oppositionelle Gruppe um Wilhelm Beck schloss sich im März 1918 zur ersten Partei Liechtensteins zusammen – der «Christ-



Rupert Quaderer zeigte die Entwicklungen auf, die zur Verfassung von 1921 führten. Bild: Tatjana Schnalzer

lich-sozialen Volkspartei». Sie strebte nach einem Ausbau der Volksrechte wie auch einer dem Landtag verantwortlichen Regierung. Unter der Parole «Liechtenstein den Liechtensteinern» forderte die Partei auch, dass die Regierung künftig nur mit Liechtensteinern besetzt werde. Die konservativeren Kräfte gründeten im Dezember 1918 die Fortschrittliche Bürgerpartei.

Der Novemberputsch und ein Jahr der Verwirrungen

«Es geht ein demokratischer Zug durch die Welt», erklärte Wilhelm Beck an einer Landtagssitzung vom Herbst 1918. Als in Deutschland und Österreich die Kaiser abdankten, forderte die Volkspartei umso energischer eine Demokratisierung

Liechtensteins. Der Landtagspräsident Albert Schädler meinte jedoch: «Die Versorgung mit Kartoffeln ist jetzt wichtiger als Verfassungsfragen.»

Der November 1918 war in den umliegenden Staaten geprägt von Unruhen und Revolutionen. Und auch in Liechtenstein kam es zu einem überraschenden Regierungswechsel – dem «Novemberputsch». Auf Druck der Mehrheit der Abgeordneten erklärte Landesverweser Leopold von Imhof seinen Rücktritt aus der Regierung. Vorbereitet wurde dieser Schritt von den Abgeordneten Wilhelm Beck und Friedrich Walser gemeinsam mit dem Maurer Juristen Martin Ritter. Die Regierungsgeschäfte übernahm ein vom Landtag gewählter «provisorischer Vollzugsausschuss»

unter dem Vorsitz von Martin Ritter. Der Vollzugsausschuss blieb allerdings nur einen Monat im Amt. Bereits im Dezember ernannte Fürst Johann II. seinen Neffen Prinz Karl zum neuen Landesverweser. Der Landtag handelte mit Prinz Karl einen 9-Punkt-Plan aus, der bereits wesentliche Punkte der Verfassungsrevision vorwegnahm. Im darauffolgenden Jahr wurden jedoch kaum Fortschritte in der Verfassungsfrage erzielt. Stattdessen war 1919 geprägt von Unruhen. «Es war ein Jahr der Verwirrungen», so Rupert Quaderer. Eine Episode aus diesem Jahr: Der Balzner «Volksparteiler» Andreas Vogt posaunte als Zuhörer in den Landtag hinein: «Nieder mit der Regierung! Hoch die Republik!» Gegen Vogt wurde ein Strafverfahren

eingeleitet, doch der Fürst liess es wieder einstellen. Man wollte keinen Märtyrer schaffen.

«Keine Kolonie für Wiener Herren»

Im Frühling 1920 wurde bekannt, dass Prinz Karl sein Amt als Landesverweser niederlegen wollte. Als sein Nachfolger sah der Landesfürst den Österreicher Josef Peer vor. Während die Bürgerpartei den Entscheid begrüßte, war die Volkspartei strikt dagegen, dass erneut ein Ausländer den Regierungsvorsitz übernimmt. «Liechtenstein ist keine Kolonie für Wiener Herren», schrieben die «Oberrheinischen Nachrichten».

Fürst Johann II. weilte über den September 1920 in Liechtenstein. Um eine Lösung in der Verfassungs- und der «Peer»-Frage zu finden, lud er Vertreter der Volkspartei zu Verhandlungen ein. Das Ergebnis waren die «Schlossabmachungen»: Die Volkspartei stimmt einer begrenzten Amtszeit Josef Peers von einem halben Jahr zu. Gleichzeitig wurden die Grundlagen der neuen Verfassung festgelegt. Die Volkspartei konnte ihre Ziele weitgehend durchsetzen. Dennoch betont Quaderer, dass die neue Verfassung, die der Landtag am 24. August 1921 annahm, ein Kompromiss war. Sie enthielt auch weiterhin absolutistische Elemente wie das Veto- und Notverordnungsrecht des Fürsten. Letztlich hält es der Historiker aber mit einer Einschätzung der «Oberrheinischen Nachrichten»: «Man kann im Allgemeinen sagen, dass die Verfassung, wenn sie auch noch lange nicht allem entspricht, eine ziemlich moderne ist und nur eines, aber das Allerwichtigste voraussetzt, dass ein Volk sie handhabe und ausbaue, was ihrer würdig ist.»